

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (3. Jahrgang, Nr. 5, Mai 2009)

**Wohl dem Menschen, dem der Herr die Schuld
nicht zurechnet, in dessen Geist kein Trug ist!**

Psalm 32,2

Staatsknete für alle?

VON RAINER STEPHAN

Alle wollen sie plötzlich Geld vom Staat: die Banken, die Bauern, die Kleinunternehmen, selbst Deutschlands Vorzeigekonzerne. Und der Staat ist freigiebig, spannt Rettungsschirme. Den Staat um Hilfe zu bitten, gilt nicht als ehrenrührig, scheint es. Die Zeit ist günstig, schließlich ist Wahljahr. Welche Partei möchte sich da der bettelnden Hand verweigern, wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen? Jeder will gern etwas abhaben - auch wenn der Staat so immer tiefer im Schuldensumpf versinkt, auf dass ihm das Wasser schon bis dicht unter die Nasenlöcher steht.

Nun reibt man sich in der Großen Koalition erstaunt die Augen, welch Lawine man losgetreten hat - und wer sich so alles in die Schlange eingereiht hat. Ward der Deutschlandfonds nicht eigentlich geschaffen, um unschuldig in Bedrängnis geratene Firmen zu retten? Porsche - schuldlos von der Krise überrannt? Schaeffler - die Eigentümer von einem nicht beherrschbaren inneren Leiden in Milliardenschulden getrieben? Oder war's eher der Übernahme-Größenwahn? Oder Arcandor: Ist da die globale Finanzkrise schuld oder das Missmanagement vergange-

ner Jahre? Oder waren es gar die Immobilienbesitzer, die eben für Karstadt-Häuser eine neunprozentige Mieterhöhung durchgedrückt haben? Getreu dem Motto: Der Staat lässt einen 56000-Arbeitsplätze-Giganten doch nicht untergehen. Da ist noch was zu holen.

Der Sündenfall der Politik war die Abwrackprämie, eine großzügige Milliarden-Subventionierung der (vornehmlich süd-)deutschen Autoindustrie, die doch gerade erst wunderbare Jahre hinter sich hatte, in denen die Gewinne nur so sprudelten. Ist da nichts geblieben für schlechte Zeiten?

Natürlich soll der Staat bürgen für Arcandor, denn da hängen nicht nur Arbeitsplätze dran, sondern auch noch Wohl und Wehe mancher Kommune. Genauso natürlich, wie der Staat für die Banken bürgt, die bekanntlich nicht unter einer von Außerirdischen verursachten Finanzkrise darben, sondern diese verursacht haben. Schuld und Unschuld kann der Staat zu allerletzt zum Kriterium machen - schließlich haben die Steinbrück & Co dem verhängnisvollen Treiben auf den Finanzmärkten jahrelang tatenlos zugesehen.

Nachhaltigkeit sollte den staatlichen Mitteleinsatz bestimmen: Wo ist langfristig ein Effekt zu erzielen, wo kann ich auf lange Sicht Arbeitsplätze erhalten, Ordnung ins Finanzwesen bringen? Die Abwrackprämie war schon einmal das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

aus: „Lübecker Nachrichten“

Die Verlierer der Krise: Weltweit wächst der Hunger

Die Rezession setzt armen Ländern besonders zu. Der Hunger breitet sich aus.

VON ARNOLD PETERSEN

In diesem Jahr droht der Welt ein trauriger Rekord. Weil die Wirtschafts- und Finanzkrise arme Regionen mit voller Wucht trifft, könnte die Zahl der Hungernden erstmals auf über eine Milliarde steigen. Das befürchtet die neue Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann.

"Es ist eine Schande, dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch nicht gelungen ist, dass alle Menschen ein Leben in Würde und ohne Hunger führen können", sagte Dieckmann gestern in Berlin bei der Vorlage des Jahresberichts der privaten Hilfsorganisation. Am schwersten betroffen seien Asien und Afrika. Dieckmann - derzeit noch SPD-Oberbürgermeisterin in Bonn - verwies darauf, dass die Entwicklungsländer keine Konjunkturprogramme auflegen könnten, aber unter Abzug von Investitionen, Exporteinbrüchen, sinkenden Entwicklungshilfeszahlungen und dem Ausbleiben von Überweisungen von im Ausland arbeitenden Familienangehörigen litten. "Erste Prognosen lassen das Schlimmste befürchten", sagte Dieckmann. Weitere 53 Millionen Menschen werden danach unter die absolute Armutsgrenze fallen und mit weniger als 0,75 Euro am Tag auskommen müssen. Dieckmann forderte, die Hungerkrise mit noch mehr Elan als die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu bekämpfen. Vor allem müsse Entwicklungshilfe endlich auf die Landwirtschaft konzentriert werden, damit in den armen Ländern die Menschen satt werden. Dieckmann kritisierte, dass auch die deutsche staatliche Entwicklungshilfe die Landwirtschaft vernachlässige. Gerade einmal zwei Prozent der Gelder seien für den Agrarsektor der Entwicklungsländer vorgesehen.

Genau hier setzt die Welthungerhilfe ihren Schwerpunkt. Von den 120,6 Millionen Euro,

die 2008 für Auslandsprojekte zur Verfügung standen, flossen 46 Millionen in die Landwirtschaft. Nothilfe und Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur bilden die weiteren Schwerpunkte.

Dieckmann konnte auch eine erfreuliche Nachricht verkünden. Trotz Krise ist die Spendenbereitschaft der Deutschen ungebrochen. Mit 37,1 Millionen Euro brachte 2008 das beste Ergebnis, lässt man das Ausnahmejahr 2005 mit der Tsunami-Katastrophe außer Acht. Von öffentlicher Seite erhielt die Organisation 101,9 Millionen Euro. Auch für 2009 sei bisher kein Abreißen des Spendenzuflusses feststellbar. Die Welthungerhilfe führt das auf hohe Transparenz und niedrige Verwaltungs- und Werbungskosten zurück. 90 Prozent der Mittel kamen vor Ort an.

Nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International kommen auch die Menschenrechte in der Wirtschaftskrise noch stärker unter die Räder. "Wenn Arbeit, Nahrung und Wasser knapp werden, nehmen Rassismus, Diskriminierung und Unterdrückung zu. Unruhen und politische Gewalt können die Folge sein", warnte der Leiter der Brüsseler Amnesty-Büros, Nicolas Berger, bei der Vorstellung des Jahresberichts 2009. Opfer von Menschenrechtsverletzungen seien in der Regel Arme. Nach Schätzungen der Uno seien vier Milliarden Menschen betroffen.

aus: „Lübecker Nachrichten“

Wir können's ja nicht lassen, von dem zu reden, was wir gesehen und gehört haben.

Monatsspruch für Mail 2009; Apg. 4,20

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität trifft sich am **Mittwoch, 24. Juni 2009 von 18.00 – 20.30**

Uhr im Rauhen Haus (Sievekingssaal). Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Rüdiger Friebel, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg